

Pressekonferenz vom 2. Juli 1991 in Bern

181.6

Schlussbericht der Eidgenössischen Expertenkommission

"Schweiz morgen"

Unterlagen:

Pressemitteilung

Presserohstoff und Kurzfassung

Ausführungen des Kommissionspräsidenten

Zu den vier Szenarien der Kommission

Die Empfehlungen der Kommission

Pressemitteilung

Bericht der Expertenkommission "Schweiz morgen"

Die Expertenkommission "Schweiz morgen" hat ihren Schlussbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Ihr Auftrag geht auf ein Postulat des Nationalrates aus dem Jahr 1987 zurück. Sie hatte unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte der Lebensqualität mögliche Ausprägungen des kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in der Schweiz in der Dekade nach dem Jahr 2000 darzustellen.

Die verwaltungsexterne, von Christian Lutz (Gottlieb Duttweiler Institut, Rüslikon) geleitete Kommission legt in ihrem Bericht vier mögliche Szenarien einer Schweiz nach der Jahrhundertwende vor. Die Szenarien gehen von vier verschiedenen Grundhaltungen aus, die bereits heute miteinander konkurrieren, und tragen die Titel:

- "Es soll bleiben, wie es ist" (Status-quo-Szenario),
- "Mehr Leistung und Wettbewerb" (Wirtschaftsszenario),
- "Wir wollen es richtig machen" (Umweltszenario),
- "Alle sollen ein schönes Leben führen können" (Hedonismusszenario).

Bausteine für die Szenarien sind die unterschiedlichen Entwicklungen, die sich in massgebenden Bereichen des gesellschaftlichen Wandels abzeichnen. In jedem Szenario werden die Vor- und Nachteile, die Verlierer und die Gewinner dargestellt, sollte sich die entsprechende Werthaltung in der Zukunft durchsetzen. Die Kommission verzichtet darauf, einem Szenario den Vorzug zu geben oder ein WunschszENARIO vorzulegen. Statt dessen formuliert sie sechs Grundwerte, wie Respekt vor der Natur und ihrer Vielfalt, deren Beachtung zu einer lebenswerten Schweiz in der Zukunft führen soll, und leitet hieraus ihre Empfehlungen ab. Mit dem Ergebnis ihrer zweijährigen Arbeiten hofft die Kommission, im Jubiläumsjahr das öffentliche Nachdenken über die Zukunft unseres Landes anzuregen.

Der Bericht wird im August erscheinen und bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale EDMZ und im Buchhandel in deutscher, französischer und italienischer Sprache erhältlich sein. Ein Materialienband mit Arbeitsunterlagen der Kommission kann beim Bundesamt für Konjunkturfragen bestellt werden.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

Weitere Informationen: Jiri Elias, Peter Balastèr
Bundesamt für Konjunkturfragen
(Tel. 031 / 61 21 53/18)

Schweiz morgen

Bericht der eidgenössischen Expertenkommission an den Bundesrat

Presserohstoff und Resumé

1. Vorgeschichte und Verfahren

Was kann Lebensqualität in der Schweiz auf dem Weg ins 21. Jahrhundert bedeuten? Diese Frage bewog den Bundesrat, im Hinblick auf die schweizerische 700-Jahr-Feier und die Regierungsrichtlinien für die kommenden Legislaturperioden eine Expertenkommission mit der Erarbeitung möglicher Szenarien der Schweiz zu beauftragen. Er erhoffte sich unter anderem eine Konkretisierung der Überlegungen zum «qualitativen Wachstum», die von einer früheren Expertenkommission im Jahre 1985 unterbreitet worden waren. Die Expertenkommission «Schweiz morgen» (Zusammensetzung im Anhang) hat ihre Arbeit im Spätsommer 1989 aufgenommen und ihren gleichnamigen Bericht Anfang 1991 materiell abgeschlossen. Nach letzten redaktionellen Bereinigungen und Übersetzung in die zweite und dritte Landessprache hat der Bundesrat den Bericht nun zur Veröffentlichung freigegeben. Er umfasst 160 Druckseiten und wird ergänzt durch einen gesondert beziehbaren Materialienband.

Die Kommission ist dabei nicht von einer vorgegebenen Definition von Lebensqualität ausgegangen, um der Vielfalt der Fragestellungen, Entwicklungsmöglichkeiten und Meinungen in der Bevölkerung gerecht zu werden. Sie strebte damit eine breit angelegte demokratische Auseinandersetzung über die schweizerische Zukunft an, die den Blick für die extreme Spannbreite und Gestaltbarkeit der möglichen Zukünfte öffnet.

2. Das Szenarienmaterial: Sieben Themenfelder

In einer ersten Phase hat die Kommission die wichtigsten Themenfelder schweizerischer Zukunftsgestaltung identifiziert und dort nach den möglichen Weichenstellungen gesucht. Das Ergebnis ist im oberen Drittel der beigefügten Graphik schematisch dargestellt. Die Kommission gliederte die Gesamthematik in die folgenden sieben Themenfelder:

1. *Die Rolle der Schweiz in der Welt*

Wir müssen uns über unsere Rolle klar werden angesichts der weltweiten Ökologieprobleme, eines sich vertiefenden Nord-Süd-Grabens und einer europäischen Integrationsdynamik, die durch den Zusammenbruch des «realen Sozialismus» noch an Brisanz gewonnen hat. Dabei schien es der Kommission, dass die zentralen Weichenstellungen nicht

so sehr in der Wahl der Instrumente lagen, derer sich die Schweiz bediente, als vielmehr in der Wahl der Grundhaltung, von der aus die Rolle definiert würde:

- Ist es eine Grundhaltung der *aktiven Mitgestaltung* und Mitverantwortung für unser Umfeld?
- Ist es eine Haltung der optimalen *Anpassung* an die Gegebenheiten, im - vor allem wirtschaftlichen - Eigeninteresse?
- Oder ist es eine Haltung des *Alleingangs* in dem Sinne, dass wir uns gegenüber unserem Umfeld soweit abgrenzen, wie es erforderlich erscheint, um unser Eigenleben führen zu können?

2. Politisches System

Die Wandlungen in unserem Umfeld und in der eigenen Gesellschaft fordern vom Staat immer gebieterischer neuartige, übergreifende Lösungen, während gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der Konkordanzdemokratie abnimmt.

- Angesichts des Beharrungsvermögens unserer politischen Institutionen bleibt gleichwohl die *Status-quo-Option* und die mit ihr zwangsläufig verbundene Verschärfung vor uns hergeschobener Strukturprobleme eine reale Möglichkeit.
- Ihr steht die *Europäisierung der Verfassung* gegenüber, im Sinn nicht nur der vollen Beteiligung an den europäischen Institutionen, sondern auch der Angleichung an die in tonangebenden westlichen Demokratien üblichen institutionellen Strukturen.
- Eine dritte Option besteht darin, erhöhte Handlungsfähigkeit zu verbinden mit jenen des gesellschaftlichen Wandels durch eine gleichzeitige *Vitalisierung der Demokratie*, vor allem auf der kantonalen und lokalen Ebene, aber auch in Form einer vermehrten Mitgestaltungskultur in Bereichen, wo diese bisher wenig lebte, etwa der Wirtschaft und der Bildung.

3. Natürliche Lebensgrundlagen und Raumordnung

Angesichts der wachsenden Folgekosten der Zivilisationsdynamik ist eine Trendwende in der Umweltbelastung, den Siedlungsstrukturen und den Verkehrsströmen unabdingbar. Mit welchen Instrumenten ist sie herbeizuführen?

- Die bisher im Zentrum stehenden *Gebote und Verbote* werden notwendig bleiben. Für sich allein erhöhen sie jedoch zunehmend die Kosten, nicht aber die Wirkung der Umweltpolitik.
- Die Option der *monetären Lenkungsinstrumente* gewinnt an Gewicht, durch die sich die Preise der gegenwärtigen oder künftigen ökologischen Wahrheit annähern.
- Die dritte Option geht über die zwei ersten hinaus und beinhaltet eine neue ökologisch ausgerichtete Lebensweise, die durch die verschiedenen Lenkungsmaßnahmen langsam von der Bevölkerung akzeptiert und internalisiert wird.

4. Bausteine des sozialen Ausgleichs

Im Zusammenhang mit der alternden Bevölkerung und den Wandlungen der Erwerbsstrukturen und Lebensgewohnheiten ist unser Sozialversicherungssystem mit neuartigen und steigenden Ansprüchen konfrontiert.

- Wir können versuchen, den **neuen Bedürfnissen und Grenzen des sozialen Ausgleichs** durch *pragmatische Weiterentwicklung des Status quo* Rechnung zu tragen, mit den Anpassungen, die sich aus der Gleichberechtigung der Geschlechter, den steigenden Lebenserwartungen, der Freizügigkeit der Zweiten Säule und dem Bedarf an sozialen Dienstleistungen ergeben.
- Eine Alternative dazu wäre ein konsequent *nach marktwirtschaftlichen Prinzipien aufgebautes System*: Mindestversorgung für alle durch Fortsetzung der Steuerprogression nach unten, in den Bereich negativer Einkommenssteuern, kombiniert mit Selbstvorsorge und Selbstverantwortung, die auch die Zweite Säule schrittweise abzulösen hätte. Sie würde auch das freiwillige Engagement für soziale Dienstleistungen fördern, da Milizarbeit durch Negativsteuern attraktiver würde.
- Die dritte Variante wäre eine *Pflicht zur direkten Solidarität*, indem ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen verbunden würde mit einer obligatorischen Sozialzeit für alle Bürgerinnen und Bürger.

Auch die Gesundheitspolitik steht zwangsläufig vor einem tiefgreifenden Umbau. Genügt die pragmatische Weiterentwicklung? Reichen marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente? Brauchen wir neue Formen der Solidarität?

5. Die Wirtschaft

Internationaler Wettbewerbsdruck, der zunehmend auch den Standortwettbewerb zwischen politischen Systemen einschliesst, bei gleichzeitiger Individualisierung der Bürger, Arbeitskräfte und Konsumenten, Regionalisierung der Kreisläufe und Informatisierung der Gesellschaft: **Die Wirtschaft steht vor neuen gesellschaftlichen und internationalen Herausforderungen.** Sie drohen jenes «Drittel», das ihnen nicht standhält, ins Abseits zu drängen: Zweidrittelsgesellschaft – Zweidrittelswirtschaft?

- Können wir weiter auf die *traditionellen Rezepte* bauen? Die erforderliche Koppelung der technischen Innovation mit einem wachsenden Mass an sozialer und organisatorischer Innovation kann durch Aufrechterhaltung und Verstärkung bestehender Schutzmechanismen noch eine Weile lang abgewehrt werden, freilich um den Preis wachsender relativer Wohlstandseinbussen.
- Demgegenüber verstärkt sich die Tendenz zur *vollen Anpassung an den internationalen Globalisierungs- und Europäisierungstrend*, um den Preis einer schleichenden Absorption der spezifische schweizerischen Stärken.
- Die dritte Option ist Offenheit gegen aussen und auf der Basis einer Innovation, die auf den spezifischen *eigenen Stärken der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft* aufbaut. Im Zeitalter des kleinräumigen, individualisierten «neuen Handwerks» eröffnen sich hier besonders zukunftssträchtige Dimensionen von «Swiss made».

6. Kultur und Gesellschaft

Unser kulturelles Umfeld verändert sich immer rascher, wird immer vielfältiger. «Neue Unübersichtlichkeit», Desorientierung, Rückzug ins Privatistische, Identitätsverlust der «Willensnation» Schweiz kennzeichnen den **kulturellen Wandel zwischen Postmoderne und Neuorientierung.**

- Werden wir uns widerstandslos absorbieren lassen von der *internationalen Standardisierung und Uniformisierung*, die mit einer multimedialen Weltkultur verbunden ist?
- Werden wir uns statt dessen durch eine Bewegung «*zurück zu den Wurzeln*» abzuschirmen versuchen?
- Oder werden wir zu einem neuen Zeitalter *autonomer Persönlichkeiten* finden, welche traditionelle Stärken der gemeinsamen Gestaltung und des interkulturellen Dialogs ins Kommunikationszeitalter zu übersetzen wissen?

7. Die Lebensform

Die wachsende Vielfalt an individuellen Orientierungsmustern, die Atomisierung der Haushalte, die Autonomisierung der Lebenspfade und Arbeitsformen, zunehmende Optionen überall – alles führt zur Frage: **Individualisierung und Kommerzialisierung der Lebensformen – wie weiter?**

- Wird die Tendenz zur *Individualisierung* sich weiter verstärken, in Richtung einer «vollmobilen Single-Gesellschaft», die dann freilich eine wachsende Zahl von «Ausgegrenzten» produzieren dürfte?
- Oder werden sich Gegenteilstendenzen in Richtung einer Aufwertung der *verpflichtenden Gemeinschaft* verstärken?

3. Szenarienbildung: Nicht Wunschscenarien oder Planungsinstrumente, sondern Reflexions- und Kommunikationshilfen

Diese sieben Themenfelder mit ihren Weichenstellungen bildeten das Rohmaterial für die Szenarien. Die Kommission fragte sich, welche verbindenden Unterscheidungskriterien sich durch diese Themenfelder hindurchzogen, und gelangte nach eingehender Auseinandersetzung zum Schluss: Es verbergen sich dahinter *vier unterschiedliche Grundhaltungen*, die wohl in jedem einzelnen Menschen der heutigen Zeit, aber auch in der politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung miteinander im Widerstreit liegen. Die Frage, welche Grundhaltung mit welcher Art von Zukunft verbunden wäre, bot sich an als Ansatz zu einer möglichst offenen, noch nicht zu sehr kanalisiertem Auseinandersetzung darüber, was Lebensqualität in der Schweiz morgen bedeuten könnte. Die entwickelten Szenarien können damit als Reflexions- und Kommunikationshilfe, nicht aber als Planungsinstrument dienen: Keine der identifizierten Grundhaltungen wird sich in Reinkultur durchsetzen, und keine von ihnen führt für sich allein genommen in den Augen der Kommission zu einem Wunschscenario. Die Szenarien haben deshalb weder die Qualität von Prognosen noch jene von Leitbildern. Sie verkörpern gewissermassen die Zielkonflikte, die wir zu bewältigen haben. Damit beinhalten sie die Chance, dass sie zu Auseinandersetzungen anregen, aus denen sich breit abgestützte Leitbilder ergeben könnten.

Die «Architektur» der Szenarien ergab sich aus der Frage, welche Optionen der oben skizzierten Themenfelder zu welcher der vier Grundhaltungen am besten passte. Das Ergebnis ist in den beiden unteren Dritteln der beigefügten graphischen Darstellung abzulesen. Die Zuordnung ist nicht immer eindeutig, da die Grundhaltungen oft Mischformen und Kombinationen verschiedener Optionen verlangten. Sie hat sich auch im Verlauf der Kommissionsarbeit in einigen Fällen verschoben. Die Trennschärfe zwischen den Szenarien ist grösser, als das Schema erwarten lässt, da die Grundhal-

tung den Optionen eine spezifische Färbung verleiht. Nicht alle Themenfelder wurden in jedem Szenario systematisch behandelt, und ihre Gewichtung ist unterschiedlich, da die Szenarien einen lebendigen, illustrativen Charakter erhalten sollten.

4. Die vier Szenarien

1. *Es soll bleiben wie es ist*

Szenario Nummer 1 widerspiegelt eine Status-quo-Ausrichtung. Es geht von der *Annahme* aus, dass am Ende des 20. Jahrhunderts die Weichen von jenen gestellt werden, die der Überzeugung sind, es gebe keinen Grund, von einem Kurs abzurücken, der in der Vergangenheit so erfolgreich war, zumal er auch die unvermeidlichen Anpassungen immer ermöglichte. Seine Pfeiler waren: bewaffnete Neutralität, Konkordanzdemokratie, Meinungs- und Entscheidungsbildung von unten nach oben, Priorität der wirtschaftlichen Interessen und qualitatives Wachstum. Das resultierende Szenario wird im Kommissionsbericht folgender Massen *zusammengefasst*:

«Eine konfliktreiche Entwicklung in Europa gibt anfänglich jenen Schweizerinnen und Schweizern recht, welche die herkömmlichen Werte verfechten. Im Alleingang gelingt es, den gewohnten Wohlstand zu erhalten. Das Rezept lautet: Heile Welt im Innern – Globalisierung der multinationalen Konzerne – «Bahamisierung» der Schweiz zur Steuer- und Rechts-oase. Der Glaube an eine heile Schweiz, die ohne veränderte Haltungen und politische Strukturen auskommt, erweist sich jedoch bald als Illusion. Angesichts der wiedererwachenden europäischen Integration verlassen die besten jungen Kräfte das Land. Die Produktivität der geschützten Binnenwirtschaft sinkt. Unzufriedene werden ausgegrenzt, Benachteiligte leben in der Isolation. Problemstau und ein Wust von Regeln sind die Folgen unveränderter, punktuell-pragmatischer Politik. Schliesslich kann der monetäre Schleier den realwirtschaftlichen Verfall nicht mehr länger verbergen. Vieles lässt eine tiefer greifende Krise mit ihren möglicherweise weitreichenden Folgen erwarten.»

Einige Stichworte aus dem konkreten Ablauf sind: Scheitern des EWR-Vertrages, tiefe politische Krise in Europa, die aber im Endeffekt zu einer Revitalisierung der Integrationsdynamik führt, Auseinanderfallen der Schweizer Wirtschaft in einen sich allmählich abkoppelnden internationalen und einen sich abschottenden binnenwirtschaftlichen Teil, Scheitern der politischen Reformen, Regelwust, politische und gesellschaftliche Polarisierung, trotz Bildung einer Rechts- und Steueroase mitten in Europa und umweltökonomischer Pionierleistungen ein zunächst kaum spürbarer, schliesslich aber sich überstürzender wirtschaftlicher und finanzieller Niedergang, der auch die Probleme der Zweidrittels-gesellschaft akzentuiert, zumal die Systeme des sozialen Ausgleichs weitgehend unverändert geblieben sind.

Die Kommission hat sich bemüht, auch dieses Szenario aus der Sicht der Vertreter der ihm zugrunde gelegten Grundhaltung zu schreiben und sowohl positive als auch negative Aspekte herauszuarbeiten. Dennoch kam sie *in ihrer Bewertung* nicht um den Schluss herum, dass Beharrungsvermögen in einer sich wandelnden Welt eben nicht die Aufrechterhaltung des Status quo nach sich zieht. «Gerade eine konservative Schweiz, so heisst es im Bericht, muss sich fragen: Was wollen wir wirklich bewahren, und was müssen wir verändern, damit wir es bewahren können?» Das gilt vor allem, wenn das Umfeld nicht von Konflikt und Zerfall, sondern von einer konstruktiven Dynamik getragen ist. So gefährdet das Szenario gerade das, was es bewahren will und beraubt die Schweiz der Chance, ihre aus guten Gründen hochgehaltenen Traditionen als Stärken in den europäischen Aufbau einzubringen.

2. Mehr Leistung und Wettbewerb

Szenario Nummer 2 geht von einer wirtschaftsbetonten Ausrichtung aus. Es wird *angenommen*, dass bis in 20 Jahren eine Mehrheit der Bevölkerung die Werthaltung der Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft repräsentiert: individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung, auch Arbeitsethos haben grosses Gewicht, weniger aber Solidarität und politischer Gestaltungswille. Die *Zusammenfassung* im Bericht lautet:

«Marktwirtschaft, Wettbewerb, private Initiative sind die Faktoren, die alles steuern. Aus Überlebensdrang wird ein Pakt mit der Ökologie geschlossen. Um die Fixsterne starker Weltkonzerne kreisen lose vernetzte Schwärme kleinerer Unternehmen. Kultur, Gleichberechtigung und Sozialwesen spüren die Folgen dieser enormen Dynamik. Die Landwirtschaft polarisiert sich in Industriebauern und Landschaftsgärtner. Wirtschaftliche Nachteile führen endlich zum EG-Beitritt. Der Zwang zur Effizienz führt zu einem Regierungs/Oppositionssystem nach europäischem Muster. Immer mehr Männer und Frauen können sich als «Lebensunternehmer» weitgehend selbst verwirklichen.»

Einige Stichworte: Später EG-Beitritt, wegen des Ringens zwischen binnen- und aussenwirtschaftlichen Interessen, Abbau der direkten Demokratie, des Föderalismus und des Milizsystems, wechselnde Regierungsmehrheiten beim Bund, finanzpolitische Neuausrichtung (Verschiebung von Einkommens- zu Ressourcensteuern, Mehrwertsteuer, Subventionsabbau, Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Regiebetriebe) in Verbindung mit einer im internationalen Wettbewerb vorteilhaften ökologischen Pionierrolle, Umbau der sozialen Ausgleichssysteme (negative Einkommenssteuer kombiniert mit individueller Altersvorsorge und mehr Markt im Gesundheitswesen), EG-konforme Liberalisierung und Deregulierung auf allen Gebieten, wachsender Innovations- und Rationalisierungsdruck, mit entsprechenden Stresserscheinungen, starke, wenn auch hinter dem Ausland zurückbleibende Konzentrationsbewegung, erfolgreiche Initiative für mehr

Markt und Ökologie in der Landwirtschaft, Kultur als sich internationalisierender Markt, Privatfernsehen, Bildschirm als Ersatz für menschliche Begegnungen, Ausbildungsgutscheine in wettbewerbsorientiertem Bildungssystem, benachteiligte Minderheiten als Grauzone der Bedürftigkeit.

Die **Bewertung** durch die Kommission ergab wie in den meisten Fällen ein janusköpfiges Bild: Der Aufbruchstimmung und der wirtschaftlichen Dynamik, dem Abbau traditioneller Privilegien (auch von Männern gegenüber Frauen) und der wirksamen, offensiven Ökologiepolitik stehen zunehmende soziale Unterschiede, ungelöste Raumordnungsprobleme, Stress und kulturelle Verarmung gegenüber.

3. *Wir wollen es richtig machen*

Szenario Nummer 3 geht von einer idealistischen Grundhaltung aus. Die *Annahmen* sind, dass sich immer grössere Teile der Bevölkerung durch immer dominanter Umweltprobleme in ihrem Wohlbefinden bedroht fühlen. In 20 Jahren ist die Mehrheit der Ansicht, dass die Grenzen des Wachstums bereits in diesem Jahrhundert überschritten worden seien. Sicherung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen sei über kurzfristige Realisierung des Machbaren zu stellen. Lebensqualität bedeutet weder wachsende Konsumfülle noch immer grössere individuelle Freiheiten. Solidarität und Verantwortung werden zu zentralen Begriffen. Neben die Umweltverträglichkeit tritt die soziale Verträglichkeit im Sinn der Berücksichtigung berechtigter Ansprüche aller Menschen, auch derer, die von der Marginalisierung bedroht sind; aber Beschaulichkeit und Sinnerfüllung zählen ebenfalls zu den ernst genommenen Bedürfnissen. Der Bericht *resumiert* das Szenario wie folgt:

«Rationelle Energienutzung und erneuerbare Energien, selbstgemachte und solide Güter, autoarme Städte und der öffentliche Verkehr prägen das Bild. Möglich wird dies durch massive Lenkungssteuern auf allem, was die Umwelt belastet. Soziale Basissicherheit und kleine, überschaubare Bezugnetze schaffen Entfaltungsräume für zwischenmenschliche Beziehungen. Kulturelle Betätigungen ergeben neue Sinnerfahrungen. Arbeit und Leben bilden wieder mehr eine Einheit. Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann setzt sich durch. Moralischer Rigorismus und soziale Kontrolle werden aber von vielen negativ empfunden. Wirtschaft, Verbände, Lobbies haben an Dominanz verloren. Die Schweiz wartet auf das «Europa der Regionen».»

Stichworte: Annäherung an die EG erst als das Europa der Konzerne dem Europa der Regionen und der Umwelt zu weichen beginnt; verstärkte, wenn auch kanalisierte Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge in Verbindung mit massiver Entwicklungshilfe, ethisch fundierte Exportpolitik; frühzeitiger Einbezug der Bevölkerung in Sachfragen auf regionaler und lokaler Ebene; Verdreifachung der Energiepreise in 20 Jahren durch jährlich anstei-

gende Ressourcensteuern und eine CO₂-Steuer für fossile Energieträger, Entwicklungsschub für energiesparende Verfahren und Alternativenergien, Ökologisierung und Extensivierung der Landwirtschaft, internationaler Gütertransit auf der Schiene, Selbstbewirtschaftungsprinzip für Bauland und dezentrale Verdichtung, entsprechende menschliche Nähe, garantierter Minimallohn für alle, obligatorische Sozialzeit, wachsende Vielfalt kleiner und grosser gemeinnütziger Organisationen für soziale Dienstleistungen, alternative und präventive Medizin im Aufstieg, medizin-ethische Fragen als Gegenstand breiter Auseinandersetzungen, Umkehr der Beweislast im Haftungsrecht; Frauen erobern die Führungsetagen; Traditionelles, Lokales und Selbstgemachtes verdrängen die Konsumkultur; Hausmänner werden häufiger; die Kleinfamilie wird durch verschiedene Formen der Betreuung von Kindern, Pflegebedürftigen und Benachteiligten und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens ergänzt; moralischer Druck und soziale Kontrolle sorgen für allgemeines Wohlverhalten; Erwerbsarbeit wird zunehmend durch Eigenarbeit ergänzt.

Bewertung: Das Szenario löst weitgehend die Probleme der Ökologie, der Zweidrittelsgesellschaft und der Kolonialisierung der Lebenswelt durch eine hektische Wirtschaft. Die Schweiz verfällt auch nicht in eine selbstgewählte Isolation, sondern gewinnt in einigen Bereichen sogar Vorbildcharakter. Der Preis ist ein Korsett ethischer und ökologischer Normen, die intolerant durchgesetzt werden (müssen), die gesellschaftliche Weiterentwicklung behindern und ein erhebliches Konfliktpotential bergen. Auch eine Umstellungskrise in der Wirtschaft sowie eine hinter dem Ausland zurückbleibende materielle Versorgung müssen in Kauf genommen werden.

4. *Alle sollen sich ein schönes Leben machen können*

Das vierte Szenario lebt von einer hedonistischen am Lebensgenuss orientierten Grundhaltung. Den *Annahmen* entsprechend wird es getragen von der materialistischen, aussengeleiteten, modernen «Wohlstandsgeneration» und der postmodernen «Zukunftsgeneration», welche bis in 20 Jahren die vormoderne, weniger hedonistische «Weltkriegsgeneration» grösstenteils abgelöst haben werden. Die Zukunftsgeneration unterscheidet sich von der Wohlstandsgeneration dadurch, dass sie die Frage nach Lebenssinn und Lebensqualität durchaus stellt, aber individuell, und dass ihr das Wie wichtiger ist als das Wieviel, der Inhalt wichtiger als die Form. *Die Zusammenfassung* im Bericht lautet:

«Intensiv leben und im Beruf professionell arbeiten, heisst die Devise von vielen. Freizeit und Selbstverwirklichung sind die Leitmotive der Menschen. Staat, Politik und Wirtschaft sollen dazu den Rahmen liefern. Die politische Beteiligung ist für die meisten völlig uninteressant. Umweltschutz ist nötig, soll die eigene Entfaltung und das Konsumieren aber nicht schmälern. Die Frage nach Lebenssinn und Lebensqualität wird neu gestellt.

Der Wunsch nach Selbstentfaltung beinhaltet mehr als rein materiellen Konsum. Der Rückblick aus dem Jahr 2010 zeigt: Verkrustete Strukturen sind aufgebrochen, die Schweiz hat sich den Entwicklungen in Europa nicht verschlossen. Die totale Vernetzung erlaubt eine weltweite Kommunikation.»

Stichworte: Baldiger Vollbeitritt zur EG, europäische Sicherheitsorganisation zur Verteidigung der «Insel Europa», Abbröckeln der Nationalstaaten, auch der Schweiz; Professionalisierung der Bundespolitik, Privatisierung öffentlicher Leistungen, politische Selbstverwirklichung im Quartier und in der Gemeinde; totaler Verkehrskollaps um die Jahrhundertwende beschleunigt neue Verkehrstechnologien; Vernachlässigung der Ökologiefragen, welche andere Regionen und künftige Generationen belasten, Privatisierung der sozialen Sicherheit bis auf minimale Versicherungsobligatorien; Benachteiligte werden Sozialfälle; vielfältige Spezialisierung der Raumnutzung im Rahmen der «Grossagglomeration Mitteleuropa», samt ihren Natur- und Freizeitparks; Chancengleichheit für die Frau; Überforderung für die weniger Dynamischen; Globalisierung und Kommerzialisierung einer schnelllebigen Kunst stehen; der Fernsehapparat wird zum Kiosk, regionale Fernsehsender werden zum Selbstverwirklichungspodium; europäische Typenvielfalt im Bildungskonsum; Zusammenleben in Wahlverwandtschaften, Supermarkt für Körperbewusstsein und Reisen ins Innere, «anything goes»...

Bewertung: Es handelt sich um ein Szenario der wohlhabenden Mehrheit der beweglichen Individualisten, die Freiräume suchen, ihr Leben eigenständig gestalten, sich weiterbilden und auf der Suche nach sich selbst sind. Zu den Verlierern gehören die Anhänger traditioneller Werte, jene, die ihr Leben nicht selbst in die Hand nehmen können, die Entwicklungsländer, welche nicht von sich aus den Anschluss an den wirtschaftlichen Wohlstand finden, sowie die künftigen Generationen, ebenso die Advokaten der Benachteiligten, aber auch die traditionelle Machtelite in Politik und Wirtschaft, soweit sie dem Status-quo-Denken huldigen.

5. Es hätte auch anders kommen können

Die Kommission hat sich nicht der Illusion hingegeben, dass damit das Spektrum der möglichen schweizerischen Zukünfte und der wesentlichen Weichenstellungen auf dem Weg dahin auch nur mit annähernder Vollständigkeit erfasst sei. So hat sie z.B. darauf verzichtet, plötzliche, tief einschneidende Ereignisse einzubauen, die mit einem Schlag die ganze Entwicklungsrichtung ändern, weil sie für die Auseinandersetzung darüber, was wir wollen und was die Konsequenzen sind, relativ wenig bringen. Sie hat aber in einem weiteren Kapitel drei solche Ereignisse skizziert, nämlich eine akute Nord-Süd-Krise, die Konsequenz einer gentechnologischen Fehlsteuerung und eine glimpflich ablaufende, aber doch tiefgreifende Verhaltensänderungen zeitigende Reaktorkatastrophe.

5. Wichtige Aspekte der Lebensqualität

Ausserdem hat die Kommission festgestellt, dass neben den eingangs erwähnten sieben Themenfeldern eine Reihe von *übergreifenden Gesichtspunkten* mit Fragen der Lebensqualität besonders eng zusammenhängen und deshalb in einem gesonderten Kapitel behandelt werden. Dazu gehören

- die Frage nach den Inhalten der Lebensqualität selbst,
- jene nach dem Status der Frauen und der Beziehung zwischen den Geschlechtern,
- jene nach der künftigen Rolle und den Konsequenzen von Wissenschaft und Technologie,
- jene nach dem Wandel der Zivilisationsrisiken und den Wegen, sie dem demokratischen Dialog wieder zugänglich zu machen,
- und schliesslich die Frage, wie wir aus dem Teufelskreis der Zeitersparnis, die steigende Zeitknappheit produziert, ausbrechen könnten.

Über diesen Fragen schwebt als *Grundthema* die Janusköpfigkeit der auf eine zunehmende menschliche Emanzipation gerichteten abendländischen Fortschrittsdynamik: Jeder Fortschritt hat seinen Preis. Oft besteht ein paradoxes Verhältnis zwischen dem Fortschritt und seinem Preis: Zeitgewinn produziert Zeitknappheit. Sicherheitsstreben schafft neue Risiken, neue Optionen schaffen neue Abhängigkeiten. Auch dies gilt es zu berücksichtigen, wenn nach Formen erhöhter Lebensqualität gesucht wird.

6. Neun Leitideen für die Schlussempfehlungen

Trotz Verzicht darauf, eine gemeinsame Definition von Lebensqualität an den Anfang der Arbeit zu stellen, und ein entsprechendes Wunschscenario zu formulieren, hat sich die Kommission gegen Ende ihrer Arbeit geeinigt auf eine Reihe von politischen Schlussempfehlungen, die auf einer *Liste von sechs Grundwerten* beruhen. Hinter den Empfehlungen ist so etwas wie ein impliziertes, nicht formuliertes Wunschscenario zu vermuten. Sie zeigen auch Möglichkeiten konkreter Reformen und lassen sich in neun Leitideen gruppieren:

1. *Die Schweiz spielt eine aktive Rolle in einem demokratisch legitimierten Europa der Regionen.*

Mehrheitlich empfiehlt die Kommission dem Bundesrat, Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, dass die Schweiz bis zum Jahre 2000 als EG-Mitglied aufgenommen wird. Eine Kommissionsminderheit befürwortet zwar

ebenfalls die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, möchte aber deren Ergebnisse im Licht der Reformen in der Schweiz und in der EG beurteilen, die in der Zwischenzeit stattfinden sollen.

2. Die Schweiz engagiert sich stärker bei der Lösung weltweiter Probleme.

Insbesondere sollte unser Land wieder Initiativen von internationaler Ausstrahlung wie seinerzeit die «Rot-Kreuz-Idee» lancieren, beispielsweise indem Genf zur Drehscheibe globaler Ökologienpolitik wird, oder durch einen besonderen Beitrag zur Konfliktverhütung. In diesem Zusammenhang ist die Empfehlung zu erwähnen, traditionelle Sicherheitspolitik durch Friedenspolitik und eine umfassende staatliche Risikopolitik zu ergänzen; die Empfehlung schliesst unter anderem eine Überprüfung des Armeeauftrags und die Einbeziehung der Chancen einer Beteiligung an europäischen Systemen kollektiver Sicherheit ein.

3. Die Schweiz muss lernen, ein Einwanderungsland zu werden.

Gemeinsame europäische Einwanderungspolitik, Aufhebung der Unterscheidung zwischen echten und unechten Flüchtlingen, Festsetzung einer Einwanderungsparole, raschere Integration der ausländischen Wohnbevölkerung unter frühzeitiger Verleihung politischer Rechte und freier Mobilität im Arbeitsmarkt sowie Möglichkeit der Pflege der eigenen Lebenskultur für Angehörige entfernter Kulturkreise, sofern sie die wichtigsten Grundwerte unserer eigenen Kultur anerkennen – soweit einige konkrete Reformempfehlungen zu dieser Leitidee.

4. Zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ist eine Ökologisierung der Wirtschaft und unserer Lebensweise unumgänglich.

Die Schweiz sollte nach der einhelligen Meinung der Kommission eine ökologische Pionierrolle spielen und den Verbrauch nicht-regenierbarer Güter und natürlicher Ressourcen absolut senken. Das soll in erster Linie durch neue marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente wie Ressourcen-, CO₂- oder Energieabgabe geschehen. Neben dem Modell «Ökobonus» für Treibstoffe ist auch an eine generelle Verlagerung von Einkommenssteuern und Lohnabzügen auf Ressourcensteuern im Rahmen der empfohlenen Finanzreform zu denken. Die damit verbundene Internalisierung der Umweltkosten bewirkt gleichzeitig rationellere Energieverwendung, eine Förderung erneuerbarer Energien, eine Entwicklung exportfähiger Technologien und eine Dämpfung der Verkehrsnachfrage. Wenn wir solche Umstellungen frühzeitig an die Hand nehmen, werden wir kurzfristig mehr Kosten in Kauf nehmen müssen, längerfristig aber Wettbewerbsvorteile erhalten. Die technisch konzipierte fallweise Umweltschutzpolitik wird einer umfassenden Raumordnungs- und Naturpolitik weichen müssen.

5. Die Schweiz braucht eine Reform der politischen Strukturen und die Aktivierung der zivilen Gesellschaft.

Es gilt die Gewichte zwischen Mehrheitsprinzip der Demokratie und Minderheitenschutz des Föderalismus zu überprüfen. Neuverteilung der Ständeratssitze, Differenzbereinigung durch die vereinigte Bundesversammlung und Aufgabenteilung zwischen National- und Ständerat wären einige Reformmöglichkeiten. Die Überprüfung des Gesetzesreferendums und die Einführung eines parlamentarischen Misstrauensantrags, der den Regierungsrücktritt und Neuwahlen auslösen kann, würden die politische Verantwortlichkeit der Bundesinstanzen gegenüber der Wählerschaft stärken, wechselnden Mehrheiten Vorschub leisten und damit auch in Richtung verbindlicher übergreifender Regierungsprogramme oder zumindest wechselnder sachpolitischer Mehrheiten wirken. Mehr Umsetzung prospektiven Denkens auf die Entscheidungen der Tagespolitik sowie Aktivierung direkter Partizipation auf kantonaler und kommunaler Ebene sind weitere Elemente des Reformpaketes.

6. Ziel der schweizerischen Wirtschaftspolitik muss eine Öffnung für den Wettbewerb sein.

Das widerspricht nicht der postulierten Ökologisierung der Wirtschaft durch ökonomische Anreizmechanismen, und es gilt auch für die Binnenwirtschaft einschliesslich der Landwirtschaft. Abrücken vom «Förderaktivismus» für Einzelbranchen und -tätigkeiten, Angleichung der Wettbewerbspolitik und Kartellaufsicht an europäische Standards, Deregulierung von Submissionsordnungen sowie von Zutrittsschranken zu freien Berufen und wettbewerbsverzerrenden technischen Normen, Rückzug des Staates, wo die Gründe für die Staatstätigkeiten weggefallen sind, Neuformulierung des Verfassungsauftrages der Landwirtschaftspolitik sind einige damit verbundene konkrete Reformideen.

7. Die neuen Lebensformen erfordern einen Umbau und eine Neuorientierung der schweizerischen Systeme des sozialen Ausgleichs.

Die Kommission schlägt einen Systemwechsel vor, der mehrere Fliegen mit einer Klappe treffen soll: Vereinfachung und Transparenz, Aufwertung der Nicht-Erwerbstätigkeiten und neue Grundlagen unseres Milizsystems (Kinderbetreuung, nicht-monetäre soziale Dienstleistungen), Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, Unterstützung der Selbstverantwortung und der Freiheit der Lebensgestaltung bei gleichzeitiger Absicherung der Benachteiligten der Zweidrittelsgesellschaft. Dazu schlägt die Kommission ein neues Drei-Säulen-Prinzip vor, bestehend aus einem garantierten Mindesteinkommen nach dem Modell der negativen Einkommenssteuer, individueller Selbstvorsorge, unter schrittweiser Einbeziehung der zweiten Säule und einer unentgeltlichen Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger in einem öffentlichen Sozialdienst. Eine Kommissionsmehrheit hält für den

letzteren ein Obligatorium für unerlässlich, eine Minderheit befürwortet eine freiwillige Mitarbeit auf der Basis sinnvoller Anreize in Rahmen von Zeittauschsystemen.

Umbau und Neuorientierung beziehen sich auch auf die Gesundheitspolitik, wo wir immer mehr werden wählen müssen, statt wie bisher wählen zu dürfen, weil die technischen Möglichkeiten, die Kosten und die Bedürfnisse überproportional ansteigen, während die verfügbare Arbeitskraft und die finanziellen Ressourcen begrenzt bleiben. Ethikfragen in Medizin und Gesundheit müssen deshalb zum Gegenstand der politischen Öffentlichkeit werden. Ausreichende obligatorische Grundsicherung für alle, grösserer Wettbewerb zwischen Anbietern von Gesundheitsleistungen, in Verbindung mit Transparenz, Verteilungsgerechtigkeit des Zugangs und Qualitätsgarantie für alle, Abstecken eines langfristigen und globalen Finanzrahmens, innerhalb dessen die Prioritäten etwa in Bezug auf die Finanzierung von Diagnose- und Behandlungsfortschritten gesetzt werden müssen, höhere Priorität und Nichtdiskriminierung medizinisch-sozialer und spitalexterner Dienste, mehr Aufmerksamkeit für seelische Störungen sowie für Gesundheitsvorsorge und -erziehung sind einige der im Bericht erwähnten Reformansätze.

8. Es sind bessere Rahmenbedingungen zur Chancengleichheit von Mann und Frau in der Gesellschaft zu schaffen.

Der Staat muss nach Auffassung der Kommission in diesem Bereich eine Pionierrolle wahrnehmen und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, aus denen sich neue, geschlechtsneutrale Leitbilder entwickeln können. Neben den erwähnten Massnahmen auf dem Gebiet des sozialen Ausgleichs und einem wirksamen Gleichstellungsgesetz befürwortet die Kommission mehrheitlich staatliche Anreize für Unternehmungen, die eine aktive Gleichstellungspolitik betreiben, analoge Verpflichtungen innerhalb öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Kinderbetreuungsplätze, Tagesschulen, Elternurlaub, Abschaffung steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Diskriminierungen, geschlechtsneutrale Arbeitszeitregelungen sowie eine Reihe von Massnahmen auf den Gebieten der Schule, Aus- und Weiterbildung und Wissenschaft. Die Kommission spricht sich für flexible Frauenquoten in Politik und Verwaltung aus, wobei verbindliche Absprachen den Gesetzesweg erübrigen können.

9. Lebenslanges und lebensnahes Lernen; die Herausforderung der Zukunft an das Bildungssystem müssen angenommen werden.

Die Orientierung an einer einmaligen Sockelausbildung, an zum Teil ständischen Berufsbildern und an einer Trennung zwischen Fachwissen und sozialer Lebenswelt, die Ausrichtung auf eine männliche und konventionelle Berufslaufbahn, die noch bestehenden Barrieren für gewisse soziale Gruppen sowie für den Umstieg und Wiedereinstieg – all dies muss über-

wunden werden. Chancengleichheit, Lebensnähe und Durchlässigkeit, auch im europäischen Kontext, sind geboten. Ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung, soziale Fähigkeiten und Fertigkeiten werden im Vergleich zum Sach- und Fachwissen immer wichtiger. Lebenslanges Lernen, praxisnahe Berufsausbildung im Rahmen weniger Grundtypen, mit Spezialisierungsmöglichkeiten in der Fort- und Weiterbildung, Vernetzung technischer Wissenschaften und Berufe mit Umwelt- und Lebensbezügen, vermehrte Förderung der Human- und Sozialwissenschaften sind die wichtigsten Forderungen an das Bildungs- und Ausbildungssystem. Lebenslanges Lernen ist aber auch eine Konsequenz der Arbeitsmarktverfassung. Abbau der Hindernisse der individuellen Zeitautonomie und der Freizügigkeit; Gesamtarbeitsverträge, die auf qualifizierungsfördernde Lohn- und Gehaltssysteme zielen sowie eine Unternehmenskultur, welche sich an der Motivation und am Selbstentfaltungspotential der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen orientiert, sind einige der Empfehlungen an die öffentliche Hand und die Sozialpartner.

Schlussempfehlung

Die Kommission übergibt ihren Bericht der Öffentlichkeit in der Hoffnung, er möge die ihm zugedachte Funktion erfüllen, d.h. eine der Grundlagen der Regierungsrichtlinien des Bundesrates für die kommenden Legislaturperioden darstellen, aber vor allem auch zur öffentlichen Diskussion über die Zukunft unseres Landes anregen. Die Kommissionsmitglieder werden nach Kräften dazu beitragen. Der vorliegende Versuch einer gerafften Darstellung ihres 160-seitigen Berichts soll den Medien, aber auch anderen interessierten Kreisen dabei helfen, den Dialog in möglichst weite Kreise unseres Landes hineinzutragen.

Kommission "Schweiz morgen"

Ausführungen von Dr. Christian Lutz
Kommissionspräsident, Leiter GDI, Rüşchlikon

Einleitung

Der Bundesrat hat Anfang Juli 1989 die Kommission «Schweiz morgen» beauftragt, «mögliche Szenarien einer Schweiz in der Dekade nach dem Jahr 2000 unter besonderer Berücksichtigung der Lebensqualität» zu erarbeiten. Ziel war einerseits, im Jubiläumsjahr 1991 die öffentliche Diskussion über die Zukunft unseres Landes anzuregen und andererseits, Grundlagen für die Regierungsrichtlinien des Bundesrates für die kommenden Legislaturperioden zu liefern.

Die Kommission setzte sich aus 19 Mitgliedern zusammen, darunter 7 Frauen. Zwei Mitglieder sind gleich zu Anfang, ein weiteres einige Monate später wieder zurückgetreten. Die Arbeit wurde im August 1989 aufgenommen. Der Bericht wurde in 27 Sitzungstagen, zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen und umfangreicher Einzelarbeit der Kommissionsmitglieder entwickelt. Er beruht auf den Fachkenntnissen und Diskussionen der Kommissionsmitglieder, ergänzt durch die Erkenntnisse aus Hearings mit Fachleuten innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung. Die Arbeit wurde materiell mit der Sitzung vom 8./9. Januar 1991 abgeschlossen.

Eine ausführliche methodische Diskussion führte zunächst zum Ergebnis, dass zuerst die wichtigsten zu beobachtenden Entwicklungen und die darin enthaltenen Optionen identifiziert werden sollten. Die Alternative wäre gewesen, ausgehend von Kriterien der Lebensqualität oder von intuitiv entworfenen Visionen gewisse Wunschscenarien auszuarbeiten. Die wichtigsten Entwicklungen wurden in sieben Themenfeldern gruppiert. In jedem von ihnen zeigten sich drei, in einem Fall zwei Grundoptionen künftigen Handelns.

Diese Optionen waren der Ausgangspunkt für die Szenarienbildung. Die Kommission erkannte hinter ihnen vier unterschiedliche Grundhaltungen, mit denen auch unterschiedliche Vorstellungen von Lebensqualität verbunden sind. Die Szenarien besagen, was zu erwarten wäre, wenn diese oder jene Grundhaltung die Wahl zwischen den Optionen dominieren würde.

Im Lauf der Arbeit hat die Kommission festgestellt, dass einige übergreifende und damit besonders wichtige Fragen quer zu den Themenfeldern und Szenarienrastern liegen und gesondert behandelt werden mussten, wenn wirklich ein Anstoss zur Auseinandersetzung über die zentralen Fragen erfolgen sollte. Dem trug ein essay-artiges Kapitel zu diesen Fragen Rechnung. In dieser Phase der Arbeit gelang es, sich auf gewisse Grundwerte zu einigen, die für die Beurteilung der Lebensqualität massgebend sein sollten. Auf dieser Grundlage war es schliesslich auch möglich, eine Reihe von Schlussempfehlungen abzugeben, die sich vor allem an den Bundesrat richten.

Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit in enthalten sind einem 160-seitigen Bericht, der auf deutsch, französisch und italienisch vorliegt und in der gedruckten Version im August erscheinen wird. Ausserdem ist beim Bundesamt für Konjunkturfragen ein Materialienband zu beziehen. Die Kommission dankt dem Bundesrat für das ihr geschenkte Vertrauen und hofft, dass ihre Arbeit den ihr zugedachten Zweck erfüllen wird.

Ausführungen von Dr. Jean Martin,
Kantonsarzt der Waadt, PD, Lausanne

Zu den vier Szenarien der Kommission

Die sieben Themenbereiche, die die Kommission untersucht hat, zusammen mit den Optionen, die ihr jeweils möglich erschienen sind, dienten bei der Erarbeitung der Szenarien als Grundlage. Leiten liess sich die Kommission bei diesem Schritt von der Frage, welche der möglichen Optionen sich **zusammen verwirklichen** dürften. Angesichts einer Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten waren jene Optionen zu finden, die sich im Zeichen **einer grundlegenden Tendenz** aufeinander abstimmen liessen.

Die vier resultierenden Szenarien stehen für vier Grundhaltungen der Zukunft unseres Landes gegenüber (und derjenigen der westlichen Gesellschaft ganz allgemein). Betont sei, dass diese Szenarien weder den Anspruch erheben, Prognosen zu sein, noch als Planungsinstrumente dienen wollen. Ihrer intendierten Bestimmung nach sollen sie den einzelnen zum Nachdenken anregen und unter den Bürgern eine Diskussion auslösen, wie mittel- und längerfristig den Veränderungen besser begegnet werden kann, die sich in den kommenden Jahrzehnten in beschleunigtem Rhythmus folgen werden.

Die folgenden vier Darstellungen zeigen die grundlegenden Elemente jedes der vier Szenarien, deren Titel lauten:

- Szenario 1 : "Es soll bleiben, wie es ist"
- Szenario 2 : "Mehr Leistung und Wettbewerb in Wirtschaft und Gesellschaft"
- Szenario 3 : "Wir wollen es richtig machen"
- Szenario 4 : "Alle sollen ein schönes Leben führen können".

Am Schluss der Szenarien werden unter der Ueberschrift "Es hätte auch ganz anders kommen können ..." noch die Auswirkungen dreier möglicher schwerwiegender Ereignisse angesprochen, die die Entwicklung zusätzlich komplizieren würden, nämlich:

- Wachsende Gegensätze zur industrialisierten Welt, die in eine Mehrfachkrise führen.
- Ein gentechnologischer Fehler, der sich zur interkontinentalen Hungersnot auswächst.
- Eine Reaktorkatastrophe, die unsern Wohlstand in Frage stellt.

Beilage : Vier Darstellungen

Kommission "Schweiz morgen"

Szenario 1 : "Es soll bleiben, wie es ist"

- Hier gibt es keinen Grund, unsere Stellung in der Staatenwelt in Frage zu stellen und von einem Kurs abzurücken, der für uns bisher so vorteilhaft war.
- Ein Scheitern der Vorlage zur Teilnahme an einem EWR ist so nur folgerichtig. Diese Haltung wird im Szenario anfänglich auch durch verschiedene Konflikte gerechtfertigt, die das im Aufbau befindliche Europa kennzeichnen.
- Die Schweiz verkommt aber zunehmend zu einer Rechts- und Steueroase.
- Schliesslich gelingt die europäische Integration dennoch, und nicht nur in der Wirtschaft werden die Nachteile unserer isolierten Position deutlich.
- Benachteiligte und Randgruppen leben isoliert oder werden ausgegrenzt.
- Kurzfristiger und punktueller Pragmatismus bildet keinen Ersatz für ein gemeinsames politisches und gesellschaftliches Leitbild, er führt nur in ein immer dichter wucherndes Geflecht sektorieller Regelungen.
- Die Kommission kann einer solchen Entwicklung nichts abgewinnen. In diesem Szenario wird nicht begriffen, dass heute die Frage lauten muss: "Was wollen wir wirklich bewahren, und was müssen wir verändern, damit wir es bewahren können?"

Kommission "Schweiz morgen"

Szenario 2 : "Mehr Leistung und Wettbewerb in Wirtschaft und Gesellschaft"

- Die persönliche Freiheit und die individuelle Selbstverwirklichung sind die zentralen Anliegen. Ein hohes Arbeitsethos ist ebenso wichtig wie ein durchgehendes Produktivitätsdenken. Private Initiative und der Wettbewerb bilden die Schlüsselbegriffe.
- Solidarität und der Wille zur politischen Gestaltung der Zukunft verlieren dagegen an Bedeutung.
- Notgedrungen wird ein Pakt mit der Ökologie geschlossen, um unwiderruflichen und schwerwiegenden Beeinträchtigungen unserer Lebensgrundlagen vorzubeugen.
- Der Beitritt zur EG erfolgt verspätet angesichts der gegensätzlichen Interessen der multinationalen Konzerne und der Wirtschaftssektoren, die auf den schweizerischen Binnenmarkt ausgerichtet sind.
- Es kommt zum Abbau der direkten Demokratie und des Föderalismus sowie zu einem grundlegenden Umbau der Finanzordnung.
- "Mehr Markt" gilt auch in den Sozialversicherungen und im Gesundheitswesen; Entwicklungen in Richtung eines dualen Systems bleiben nicht aus.
- Nicht zuletzt kommt es zur kulturellen Verarmung, zur Dominanz des Habens über das Sein, zu vielfältigen Stresserscheinungen.

Kommission "Schweiz morgen"

Szenario 3 : "Wir wollen es richtig machen"

- Hier ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass die Grenzen des Wachstums erreicht sind. Um der Umwelt das Ueberleben zu sichern und um zukünftigen Generationen eine gewisse Lebensqualität zu erhalten, müssen grosse Anstrengungen unternommen werden.
- Solidarität und verantwortungsbewusstes Handeln sich selbst und den andern gegenüber sind die zentralen Werte. Lebensqualität hängt nicht primär von der Anhäufung materieller Güter und einer grenzenlosen individuellen Freiheit ab. Dafür erhält die Frage nach dem Lebenssinn grosse Aufmerksamkeit.
- Wesentliche Einsparungen beim Energieverbrauch werden u.a. mit massiven Energiesteuern erreicht. Hinzu kommen Einschränkungen des Individualverkehrs und die Bevorzugung der Schiene.
- Je weniger sich an der natürlichen Ressourcen erneuern und je stärker ihre Nutzung die Umwelt belastet, desto stärker wird auch ihr Verbrauch durch entsprechende Besteuerung begrenzt.
- Eine hinreichende soziale Absicherung ist für alle sichergestellt (via garantiertes Mindesteinkommen und einen obligatorischen Sozialdienst), gleichzeitig erfolgt eine Förderung der sozialen Netze in Quartier und Gemeinde. Zwischen Frau und Mann gibt es eine echte Rollenteilung.
- Die Annäherung an die EG erfolgt nur, wenn sich das Europa der Konzerne in ein Europa der Regionen wandelt.
- Gegenüber abweichendem Verhalten dominiert die Intoleranz. Ein wachsender Teil der Bevölkerung empfindet den moralischen Rigorismus und die soziale Kontrolle denn auch als Belastung.

Kommission "Schweiz morgen"

Szenario 4 : "Jeder soll ein schönes Leben führen können"

- Alle Entwicklungen orientieren sich am persönlichen Lebensgenuss und sind von jener Generation geprägt, die nur den Wohlstand gekannt hat. Viele richten ihr Leben allein auf die Befriedigung materieller Bedürfnisse aus, doch fragen die Jüngeren zunehmend nach dem Lebenssinn. Sie suchen die Antwort aber jeder einzeln für sich und weniger in der Gemeinschaft.
- Intensiv leben und dabei in einem bereichernden Beruf erfolgreich sein, lautet die Devise. Staat, Politik und Wirtschaft haben hierzu den Rahmen zu liefern. Die politische Beteiligung bleibt für die meisten völlig uninteressant.
- Umweltschutz ist wichtig, soll die Konsummöglichkeiten des einzelnen aber nicht beeinträchtigen.
- Ein rascher Beitritt zur EG ist erwünscht; die Nationalstaaten verlieren an Bedeutung, so auch die Schweiz. Man beobachtet sowohl eine Professionalisierung der Politik wie eine Privatisierung vormals öffentlicher Dienstleistungen.
- Besonders deutlich ist diese Tendenz bei der sozialen Sicherung. Soziale Unterschiede verschärfen sich so.
- Die Welt ist ein Supermarkt mit allen Angeboten der Information und der Kommunikation, des Konsums und der Freizeitgestaltung einschliesslich vielfältiger Möglichkeiten zur "Selbsterfahrung".

Kommission "Schweiz morgen"

Ausführungen von Brigit Wehrli-Schindler
Vizepräsidentin der Kommission, lic.phil., Zürich

Die Empfehlungen der Kommission

Lebensqualität war das zentrale Thema unserer Kommissionsarbeit; ging es doch im Postulat Ott, das zur Einsetzung unserer Kommission führte, darum, *"eine Studie über die wünschbare und erreichbare Lebensqualität für die Bewohner unseres Landes im nächsten Jahrhundert"* zu verfassen.

Sie haben es bereits gehört - die Kommission hat darauf verzichtet, ein Wunsch- oder Idealszenario zu präsentieren. Sie hat auch darauf verzichtet, gleich zu Beginn Lebensqualität zu definieren und damit eine Zielvorgabe zu machen.

Nach Beendigung der Arbeit an den Szenarien, die vier mögliche Grundhaltungen und damit verbunden vier mögliche Entwicklungspfade unserer Gesellschaft aufzeigen, erschien es der Kommission doch notwendig, *selber dazu Stellung zu beziehen*. Nicht mit einem idealen, aber unrealistischen Wunschscenario, sondern mit einigen Überlegungen zur Frage, welche konkreten Massnahmen die Lebensqualität in der Schweiz erhalten oder verbessern könnten und mit welchen Massnahmen die Schweiz einen Beitrag zur Lebensqualität anderer Menschen ausserhalb der Schweiz leisten könnte.

Den Ausgangspunkt für diese Empfehlungen bilden *sechs Grundwerte der Lebensqualität*, an denen sich die konkreten Empfehlungen orientieren: grösstmögliche Freiheit, aber Bereitschaft zur Verantwortung für die Allgemeinheit und menschenwürdige Grundsicherung; reale Chancengleichheit, Sinnorientierung menschlichen Handelns und schliesslich Respekt vor der Natur und ihrer Vielfalt.

Die neun Leitideen der Schlussempfehlungen

Die detaillierten Reformvorschläge der Kommission verstehen sich als mögliche Bausteine für die Zukunft einer lebenswerten Schweiz. Nach Meinung der Kommission sind es neun Bereiche, in denen ein starker politischer Handlungsbedarf besteht. (Folie)

> *Die Schweiz spielt eine aktive Rolle in einem demokratisch legitimierten Europa der Regionen.*

Stichworte: Die Kommission spricht sich mehrheitlich für einen EG-Beitritt bis zum Jahr 2000 aus, möchte aber die Zeit der Verhandlungen für Reformen im Inland nutzen und die Entwicklung der EG in Richtung eines Europas der Regionen mit zu beeinflussen suchen.

> *Die Schweiz engagiert sich stärker bei der Lösung weltweiter Probleme.*

Stichworte: Unser Land sollte vermehrt Initiativen von internationaler Ausstrahlung im Sinne der "Rot-Kreuz-Idee" lancieren, zB. in der Oekologiepolitik oder durch eine aktivere Rolle bei der Verhütung internationaler Konflikte.

> *Die Schweiz muss lernen, ein Einwanderungsland zu werden.*

Stichworte: Die Kommission schlägt vor, eine mit den übrigen europäischen Ländern koordinierte Einwanderungspolitik zu verfolgen. Um die oft fragwürdige Unterscheidung zwischen echten und unechten Flüchtlingen zu entschärfen, sollten neben einer graduellen Freigabe der Migration im EG-Raum Einwanderungskontingente für Angehörige aller andern Länder eingeführt werden.

> *Zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ist eine Oekologisierung unserer Lebensweise unumgänglich.*

Stichworte: Die Schweiz muss bei der Lösung der weltweiten Oekologieprobleme eine führende Rolle übernehmen. Wir müssen bereit sein, den Verbrauch nicht regenerierbarer Güter und Ressourcen zu senken. Dazu müssen vor allem marktwirtschaftliche Instrumente eingeführt werden. So könnten Ressourcensteuern ein wichtiger Bestandteil einer zukünftigen Finanzordnung sein. Der heutige fallweise Umweltschutz soll einer umfassenden Natur- und Raumordnungspolitik weichen.

> *Die Schweiz braucht eine Reform der politischen Strukturen und eine Aktivierung der zivilen Gesellschaft.*

Stichworte: Unsere Entscheidungsprozesse brauchen zu lange und zu leicht können anstehende Veränderungen verhindert werden. Es ist dringend notwendig, die politische Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen. Mögliche Schritte dazu sind eine Neufassung der Rollen von National- und Ständerat in Anpassung des Föderalismusgedankens an die demographische Entwicklung; eine Schwächung des Referendums unter Beibehaltung der Initiative; weniger Konkordanz, dafür stärkere Gewichtung der politischen Leistung durch echte Wahlen. Gleichzeitig müssen wir Möglichkeiten schaffen, Demokratie auch im gesellschaftlichen Alltag vermehrt zu erfahren, um so die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

> *Ziel der schweizerischen Wirtschaftspolitik muss eine Oeffnung für den Wettbewerb sein.*

Stichworte: Die Wirtschaftspolitik verzichtet auf Strukturhaltung und punktuelle Vergünstigungen auch in den Bereichen der Binnenwirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft. Dazu gehören Strukturreformen in der Verwaltung, im Gesundheitswesen, bei den staatlichen Regiebetrieben; das Aufbrechen zementierter Märkte und der Abbau privilegierter Positionen etwa in der Bauwirtschaft; die Einführung marktwirtschaftlicher Massnahmen und offener handelspolitischer Grundsätze auch im Agrarbereich.

> *Die neuen Lebensformen erfordern einen Umbau der Sozialversicherungssysteme.*

Stichworte: Die wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen, der Bedeutungsverlust des klassischen Familienmodells, die bevorstehende demographische Entwicklung rufen gemäss Auffassung der Kommission nach einem tiefgreifenden Umbau der Sozialsysteme. Wachsender Individualismus und vielfältigere Lebenspfade legen die Einführung eines garantierten Mindesteinkommens, finanziert über negative Einkommenssteuern, nahe. Darüber hinaus zählt die individuelle Leistung und Vorsorge, was u.a. eine Angleichung der zweiten an die dritte Säule erforderlich macht. An die Stelle finanzieller Solidarität soll vermehrt direkt gelebte Solidarität treten, wobei eine Mehrheit der Kommission einen obligatorischen Sozialdienst ins Auge fasst.

> *Es sind bessere Rahmenbedingungen zur Chancengleichheit von Frau und Mann zu schaffen.*

Stichworte: der Staat soll eine Pionierrolle übernehmen und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für eine echte Chancengleichheit schaffen: zu denken ist an die Sozialversicherung, an staatliche Anreize und Rahmenbedingungen zur Förderung der Gleichstellung, an einen besseren Ausbau der Infrastruktur für Kinderbetreuung und an Reformen bei Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die zu einem weniger einseitigen Berufswahlverhalten beitragen.

> Lebenslanges und lebensnahes Lernen - die Herausforderungen der Zukunft an das Bildungssystem müssen angenommen werden.

Stichworte: Chancengleichheit, Lebensnähe und Durchlässigkeit, auch im europäischen Kontext sind geboten. Ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung und lebenslanges Lernen soll dank qualifizierungsförderlichen Lohn- und Gehaltssystemen auch im Rahmen der Berufstätigkeit möglich sein. Besonderes Gewicht muss auf die Vernetzung zwischen technischem Wissen und den Umwelts- und Lebensbezügen gelegt werden.

* * *

Im Bericht der Kommission finden sich zu jedem dieser Bereiche eine Reihe konkreter Reformvorschläge.

Die Kommission hofft, mit ihrem Bericht, vorallem mit den Szenarien und den teilweise bewusst pointiert formulierten Reformvorschlägen einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über die Zukunft unseres Landes zu leisten.

18/06/91

Lebensqualität

Die Grundwerte der Kommission

Lebensqualität beinhaltet für die Kommission den verantwortlichen Zugang zu selbstgewählten Zielen in einer positiv erfahrenen Gesellschaft. Damit dies möglichst vielen möglich ist, bedarf es der Orientierung an folgenden Grundwerten:

- > Grösstmögliche Freiheit**
- > Bereitschaft zur Verantwortung für die Allgemeinheit**
- > Menschenwürdige Grundsicherung**
- > Reale Chancengleichheit**
- > Sinnorientierung menschlichen Handelns**
- > Respekt vor der Natur und ihrer Vielfalt**

E m p f e h l u n g e n

Die wichtigsten Handlungsbereiche aus der Sicht der Kommission

- > **Die Schweiz spielt eine aktive Rolle in einem demokratisch legitimierten Europa der Regionen.**
- > **Die Schweiz engagiert sich stärker bei der Lösung weltweiter Probleme**
- > **Die Schweiz muss lernen, ein Einwanderungsland zu werden**
- > **Zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ist eine Oekologisierung der Wirtschaft und unserer Lebensweise unumgänglich.**
- > **Die Schweiz braucht eine Reform der politischen Strukturen und die Aktivierung der zivilen Gesellschaft**
- > **Ziel der schweizerischen Wirtschaftspolitik muss eine Oeffnung für den Wettbewerb sein.**
- > **Die neuen Lebensformen erfordern einen Umbau der schweizerischen Systeme sozialen Ausgleichs**
- > **Es sind bessere Rahmenbedingungen zur Chancengleichheit von Frau und Mann in der Gesellschaft zu schaffen.**
- > **Lebenslanges und lebensnahes Lernen - die Herausforderungen der Zukunft an das Bildungssystem müssen angenommen werden.**